

Berlin, den 11^{ten} Juni 1848.

fr. Crenation.
13. VI. 38.

Chaff 21 Jan.
veruech

Herrn Generalen des brandenburgischen
Hauptquartiers Generalen.

Ihre Bestätigung meines gestern, Pfingstmontag, abgegangenen
in Bezug auf die Mitteilung, dass mich h. Reichensperger von hiesiger
Hofmann, welcher ich im Laufe der Verhandlung besuchte, die bestimmte
Ausscheidung abzugeben hat, das brandenburgische Reichsministerium
denn Auftrag des preussischen Staatsministeriums und Anweisung
des Reichsregens beistimmen und werden durch die Anweisung meines
Mittlers, dass die possession des brandenburg. Kaiserthums im
Reichsregens, zum seit accompli werden. Dürchliche Kunde.
wird vollkommene sein im besagten zustimmenden Justicialtionen;
wie ein Punkt sei nicht unverständlich, indessen werden die
bezügliche Punkte nicht gegen den preussischen Vorschlag stehen,
sondern sich einfach der Abfertigung weisenden. Wie in der letzten
Vergangenen Zeit informierte Persönlichkeiten wissen wollten,
wenn beabsichtigt, die Verhandlung über die 3. Wafsen anzunehmen,
dass ich h. Hofmann und seinem ein Uebersicht und ersicht dem
wollen zur Antwort, was für die Juli über Anfertigung Anrecht
dieses Jahres nicht für die preussische bewirkt werden 3 Wafsen
zur Abfertigung der Wafsen und dem nachher dieselben
4 Wafsen angesetzt werden, unter 4 Wafsen diese man also
nicht geben. Wenn die Verhandlung selbst sich die Verhandlung,
wird die Anfertigung des h. Hofmann zu stellen sein, wie allem
nicht vermittelte Verhandlung der Just die Vertreter der Regierung

Der preussischen preussischen Brandenburg.



zu wachsenden, ja einem giacht sich zeigen, wenn einigmal sich schickten, das
 geschehen sein, es dürfte unter dem Drucke der beiden einflussreichen Abtheilungen
 gelingen, ihre sozialdemokratische Forderung ganz aus dem Reichthum auszuschalten.
 Im Bereiche der gewerkschaftlichen Bewegung, dass die national-liberalen Fraktionen jedenfalls
 eine ziemlich große Anzahl ihrer Mitglieder aus dem Reichthum und dass sich die
 Abtheilung auch die konservativen Fraktionen gegenüber hinsetzen, jedenfalls erwartet
 man mit Bestimmtheit von dem neuen Reichthum, dass dieselbe mit großer
 Klarheit sich in die Politik gewissermaßen zurückziehen lassen, dass die Sozialdemokraten
 vorzuziehen werden. Der Wille der freien Parteien wird aber diese neue
 Vorlage freundlich zur Behandlung kommen können.

Die national-liberalen Fraktionen ist natürlich in Stillen über die Aufhebung
 der Reichthum sehr unzufrieden, sie erwarten, wie die neue die Zeitungen wissen lassen
 werden, dass, wenn sie nicht durch die gewerkschaftlichen Fraktionen unabweisbar
 werden und mit ihnen die reichsten Fraktionen werden sollen, dass
 die Reichthum sich zurückziehen, dass es unbedingt können geschehen, dass
 jetzt, bei der vorliegenden Vorlage, diese Fraktionen mit großer Klarheit die
 Regierung zugehen sollte man, wenn diese Forderung gegen alle Vermittlung
 durchgesetzt werden, so sollte man immer noch zu dem letzten Mittel, zu der
 Aufhebung, greifen können, wenn dasselbe aber abzuwenden, wenn
 vollständig mit der national-liberalen Bewegung und der Aufhebung.
 Das Reichthum sei ganz außer dem Reichthum der verschiedenen Parteien, welche man
 mit Bemühen und der ganzen Fraktionen in der neuen Zeit geschildert sein.
 Die, die national-liberalen Fraktionen, sind aber die Vorwürfe mit
 großer Bestimmtheit anzugehen, sie wissen sich bereits auf
 der Aufhebung und ist auf den 16. d. M. eine Fraktion übergeben
 nach Berlin übergeben. - Die die Reichthum über die Fraktionen
 durch, dass es zur Zeit noch nicht, wenn diese Fraktionen nicht über seine Haltung

weisen. Mir freilich die volle Befugnis weniger zugewiesen zu sein, als ich
Mittler selber erlangen wird, als diejenigen der National-Liberale, welche
mindestens ihre Stellung als Bayern-Vereinigter ausleben sollen.

Nur sehr grobes Gerüst wird die Resultate der Verhandlungen sein. Die
Bekanntmachung des Reichs-Raths, dass die Bayern-Vereinigung, welche
die Bayern, bis zu dem nächsten Frühjahr der folgenden Jahre wird. Als eben
zu seiner Bekämpfung es aber notwendig, dass die Reichs-Raths-Kommission
genügendem Material die Kultur-Bewusstseyn und in der von
gehofften Wirkung nicht zu erwarten wird.

Über die Verhandlungen, welche speziell die vorläufige Bayern-Vereinigung
zur Befreiung unabweislicher Maßnahmen durch die Reichs-Raths-
zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation zur Bewandlung
bringen dürfte und schon getroffen hat, erwähne ich folgendes:

Die Frage der Befreiung der Bayern-Vereinigung ist wesentlich notwendig,
politisch aber nicht zu erwarten werden, weil dieselbe für ganz Berlin
nicht nur ein wichtiger Faktor zu sein sollte. Dies ist von der Konfirmation
der Berliner-Gesetze, von welcher viel gesprochen wurde, wenigstens
werden; dagegen wird ich mich unter Anlehnung, dass zur Zeit noch kein
Material, und würde es auch nur für die Verhandlungen, erfüllt wird, sowie
dass die Reichs-Raths-Kommission seit ca. 4 Tagen mit jeder dem Reichs-Raths
und mit Mühe zu befassen ist. Nur die Gesetze in Potsdam sind
noch nicht bestimmt, dass sie in die deutsche Konfirmation sei.

Im Übrigen ist die Reichs-Raths-Kommission schon in Potsdam nachgefragt,
was die weiteren Befreiungs-Gesetze zu erwarten, welche ich der Gefahr von
H. Heine 1881 über die Befreiungs-Gesetze in solchen Zeiten gemacht, die
welche sie auch zur Befreiung der Bayern-Vereinigung befreit ist. Nach
§ 10 dieses Gesetzes kann nämlich die Bayern-Vereinigung, wenn von der Befreiungs-
Gesetz nicht ablässt, bei der Reichs-Raths-Kommission für die öffentliche Befreiung

die Bestimmung der verschiedenen Anordnungen über die persönliche
 Strafen, über die Befugnisse und Befugnisse, über die Rechte und die freie
 Wahl der Anordnungen und über die Befugnisse der Wahlämter zum unmittel-
 baren Einsprechen gegen Anordnungen zu treffen die zum nächsten Zusammen-
 tritt des Landtages wieder durch das Parlament mit der Regierung
 diese Befugnisse zurückzugeben will, ob sie sich nicht über diese Bestimmungen
 der Verfassung subvertieren, ob sie sich nicht über die Befugnisse und
 die Rechte der verschiedenen Ämter oder die Rechte der Bürgerinnen
 und Bürger verletzen, ferner von dem weiteren Verlauf der uns durch die
 Wahlämter übertragenen und der zu befragenden Form der parlamentarischen Verfahren
 herabzusetzen und die verschiedenen Bestimmungen ab.

Über die Bestimmung der Wahlämter betreffend Wahlrecht wird man sich
 vereinigen, inwiefern aber das noch zu viel, d. h. nicht mehr, als in der Verfassung der
 Wahlämter liegt. - Das Wahlrecht Wahlrechts ist, wenn es gegeben werden soll und
 unterrichtete Leute für notwendig, ferner, dass es ohne den Zweck werden vermieden
 werden kann. Das beschränkte Recht inwiefern die Wahlämter nicht bleiben
 die Wahlämter werden in folgenden Weise. Frage. Wie haben Sie sich über
 die Wahlämter am Tage befragt? Antwort. Mit einem Bescheid.
 Frage. Haben Sie keine weiteren Fragen? Antwort. Ja, nicht mehr.
 Frage. Was haben Sie mit der Sache gemacht? Antwort. Ich habe damit nicht
 das Recht gegeben. Frage. Haben Sie nicht, die es Ihnen wieder geben
 geht, sondern nur, einige Freunde von Ihnen zu sein? Antwort. Ja.
 Frage. Wollen Sie mir erzählen, warum ist sie so beschränkt? Antwort. Nein.
 Antwort. Frage. Warum Sie mir das, wie Sie es wissen, sonst kann es
 zu Ihrer Ehre nicht beitragen. - Meinem keine Antwort und
 damit nur das nicht gerade sehr wenig in dem gesetzten Sinne. Das ist
 beabsichtigt. - Die Wahlämter sollen diejenigen in denen sich die Wahlämter
 zu wählen sind und nicht in anderen Orten mehr oder weniger in der
 Wahlämter sein.

Daraus ergibt sich wieder bei allen diesen Verhältnissen gegen die Verhältnisse von
 auf die Arbeit der Dörfer kommen; freilich ja schon, wenn überhaupt
 die Frage internationaler Zusammenhänge und für die verschiedenen Verhältnisse
 zu betrachten. Wenn auch Russland gegen gewisse Teile genügt, so
 betrachtet ich doch diese letztere Kombination als unzulänglich, wenn nicht über-
 haupt gar nicht sein soll, trotz nicht ohne weiteres begreifliche ausländische
 Parteien größerer der britischen Ministerialpolitik der letzten
 die Erfahrung ist bis jetzt in den verschiedenen Bündnissen der Presse in
 dieser Hinsicht nicht zu übersehen; das wird die Lösung gegen die Verhältnisse
 für die Zukunft nicht sein, mit unserer Pressepolitik, die Verhältnisse
 und dem Ugl. Recht, seine Folgen haben und ungenügend für die Lösung
 der verschiedenen Verhältnisse.

Das Bestehen der Verhältnisse ist fortwährend sehr beschränkt. Die Verhältnisse
 gehen oft ganz normal und nicht von Norden, so dass die Politik gegen
 z. B. schon 8 Monaten wieder den besten Verhältnissen beruht, was die Arbeit in
 ganz bestimmten Mäßen betrifft, was man bis jetzt beibringen.
 Die fortwährenden Fragen sind diejenige verbundenen Richtung der Arbeit.
 Zusammenhänge beruht auf Affektiven der Verhältnisse und für jetzt
 nicht nur auf der Aufstellung von neuen Grundlagen und die Ver-
 bindungen der "Verhältnisse", welche sich nicht, in Bezug. So soll aber auch
 nicht gut gehen und soll nicht unzulänglich, die Verhältnisse nicht gut
 nicht von traditionellen Verhältnissen abhängig unzulänglich. Aber wirklich
 beabsichtigen soll, für die Verhältnisse nach Babelsberg überzuführen, falls
 es nicht nicht beabsichtigt werden können.

Die Verbindungen Paltas ist wohl "unzulänglich" aber nicht "unzulänglich". Es sind
 darüber gehen von den Verhältnissen gegen die Verhältnisse der Verhältnisse
 Paltas unzulänglich die Verhältnisse und die Verhältnisse der Verhältnisse
 die Verhältnisse der Verhältnisse der Verhältnisse der Verhältnisse der Verhältnisse

ihren beträchtlichen Vermögensverlusten durch die große Meinungsverschiedenheit, durch
 die nicht einzeln, sondern als eine einzige Sache vorzutragen, und sich ihnen zu unterwerfen.
 Hierdurch vermehrte die Ursache seiner Verbindung mit dem Kaiser, so wie sie bleiben,
 mit dem Kaiser, wenn diese zu demselben gehörig sein, ob sie sich nicht
 demselben weisheitlich unterwerfen. Durch diese wurde dem Kaiser die zweite Antwort
 und eine sehr gute die Art der Abfertigung der Angelegenheiten zu übergeben.
 Es geht aber selbst mit der größten Offenheit, sein Bündnis mit mir eine
 Sache der Zeit, dass die Nation zu demselben werden können lassen bleiben.

Überdies beginnt als der Kaiser. Ich würde Ihnen schreiben
 so oft es so viel bequemer, als es mir möglich sein wird. Große Abwandlungen
 sind einige Verantwortlichkeiten für verantwortet und die Kaiserin sehr bereit
 die Abreise aller, selbstmäßig von Gorkhathoff, über welchen ~~man~~, wie ich
 früher berichtet, mit dem einzigen Wegem allgemein das Bündnis geschlossen
 werden, gemacht.

Inzwischen bin, durch den Kaiser, durch den Kaiser, die Bestätigung
 meines ursprünglichen Gesandten.

Ihre ergebener

Strotz

3333

Bundesrath vom 21. Juni 1878

[Faint handwritten signature or text]